

Ä1

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeier (Stellv. LSS)

Titel: Ä1 zu 95A7: Überraschungstests sind Angstpädagogik – unangekündigte Leistungsnachweise verbieten

Antragstext

Nach Zeile 6 einfügen:

Das Humanistische Menschenbild, welches die aktuell gültige Theorie für alle Pädagogen darstellt, zeigt deutlich die Probleme, die sich im späteren Lebenslauf zeigen, wenn Wissen mit Emotionen, besonders negativen, verknüpft wird. Diese Spätfolgen belasten und verfolgen die Menschen ein Leben lang und führen zu Ängsten und unsicherheiten im späteren Leben und in der Arbeitswelt.

Ä1

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeier (Stellv. LSS)

Titel: Ä1 zu 95A9: Kein Kopftuchverbot –
Religionsfreiheit gilt auch in der Schule

Antragstext

Von Zeile 8 bis 9 einfügen:

Daher fordert das Landesschülerinnenparlament ein ausdrückliches Verbot von Kopftuchverboten für Schülerinnen, sowie die Entfernung des Vermummungsverbotes aus dem Schulgesetz.

Ä1

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeier (Stellv. LSS)

Titel: Ä1 zu 95A14: Leistungsgruppen abschaffen –
Selektion ist kein Förderkonzept

Antragstext

Von Zeile 3 bis 5 einfügen:

Bildungsforschung zeigt, dass frühe Selektion Erwartungen senkt, Lernchancen begrenzt, psychologische Belastung erhöht, die Selbstwahrnehmung und das Selbstbild zerstört und soziale Herkunft verstärkt. Leistungsgruppen sind keine neutrale Organisationsform, sondern eine politische Entscheidung mit massiven Folgen.

Ä1

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeier (Stellv. LSS)

Titel: Ä1 zu 95A15: Bundesjugendspiele abschaffen –
Sport darf nicht beschämen

Antragstext

Von Zeile 7 bis 8 einfügen:

Daher fordert das Landesschüler*innenparlament die **Abschaffung der Bundesjugendspiele in ihrer bisherigen Form und das die leistungsfixierung bei einer Überarbeitung komplett entfernt wird.**

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (LSS)

Titel: Ä1 zu 95A22: Echte Beteiligung, statt
Abfrühstückung

Antragstext

Von Zeile 1 bis 7:

Das LSP Landesschüler*innenparlament möge beschließen:

Die Landesregierung und das für Bildung zuständige Ministerium werden aufgefordert darauf hinzuarbeiten, dass das Landesschüler*innenparlament als offizielles beratendes Gremium anerkannt wird.

Die Landesregierung und das für Bildung zuständige Ministerium werden aufgefordert darauf hinzuarbeiten, dass das Landesschülerparlament als offizielles beratendes Gremium anerkannt wird und bei schulpolitischen Vorhaben des Landes verbindlich angehört wird. Stellungnahmen des Landesschülerparlaments, vertreten durch den Landesvorstand, sollen vom zuständigen Ministerium öffentlich beantwortet werden. Das Landesschüler*innenparlament ist bei schulpolitischen Vorhaben des Landes, insbesondere bei Gesetzes-, Verordnungs- und Erlassvorhaben mit schulischer Relevanz, verbindlich und frühzeitig anzuhören. Stellungnahmen des Landesschüler*innenparlaments, vertreten durch den Landesvorstand, sollen vom zuständigen Ministerium öffentlich und fristgerecht beantwortet werden.

Ä1

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeier (Stellv. LSS)

Titel: Ä1 zu 95A28: Für eine Schule, die wirklich aufs Leben vorbereitet – Life-Skills als Unterrichtsfach

Antragstext

Von Zeile 2 bis 5:

Das für Bildung zuständige Ministerium wird aufgefordert ein neues Schulfach einzuführen, welches allen Schüler*innen ~~in Vollzeitklassen~~ nützliche Fähigkeiten für ihr späteres Leben beibringt. Außerdem hat das Ministerium dafür zu sorgen, dass im Laufe des Schullebens jede*r Schüler*in Unterricht in diesem Fach erhält. Dieses Schulfach soll sich nicht nur mit folgenden Themenbereichen befassen:

Ä1

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeier (Stellv. LSS)

Titel: Ä1 zu 95A30: Weil Abhängigkeit nichts gutes ist

Antragstext

Von Zeile 3 bis 4 einfügen:

jede*r Schüler*in im Laufe seiner/ihrer Schullaufbahn mindestens einmal an einer verpflichtenden, qualifizierten Drogenpräventionsmaßnahme teilnimmt.

Zudem soll das Thema Drogen im Unterricht behandelt werden. Das umfasst nicht nur:

- Hilfsangebote und Hilfsadressen
 - Wirtschaftliche Folgen und Auswirkungen des Drogenmarkts
 - Was als Drogen zählt
 - Gesellschaftlich anerkannte Drogen
- sowie das kritische Nach- und Hinterfragen dieser Themen.

Begründung

erfolgt mündlich...

Ä1

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (LSS)

Titel: Ä1 zu 95A31: Berufsorientierung – Aber richtig!

Antragstext

Von Zeile 2 bis 7:

Das für Bildung zuständige Ministerium wird aufgefordert, an allen Schulen qualifizierte der Sekundarstufe I und II qualifizierte, niedrigschwellige und kostenfreie Beratungsangebote für die eigene berufliche Orientierung zur Verfügung zu stellen individuellen beruflichen Orientierung bereitzustellen.

Alle Schüler*innen, die einen allgemeinbildenden Bildungsabschluss anstreben, sollten müssen in ihrer Schullaufbahn mindestens einmal an einem entsprechenden Angebot einer individuellen Berufsorientierungsberatung teilnehmen.

Begründung

Erfolgt mündlich...

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann (LSS)

Titel: Ä1 zu 95A42: Auch Trump muss Einhalt geboten werden

Titel

Ändern in:

Demokratie exportieren mit Bomben und Zöllen - Gegen die Politik der Drohung und des Profits

Antragstext

Von Zeile 1 bis 6:

Das LSP wolle sich wie folgt positionieren,

Das Landesschüler*innenparlament wolle beschließen:

Die Entführung von Menschen, besonders aufgrund von profitablen Gedankengut und kolonialistischem Fanatismus, ist nicht akzeptabel.

Das Landesschüler*innenparlament positioniert sich klar und unmissverständlich gegen die Außenpolitik der Vereinigten Staaten unter Donald Trump. Was hier betrieben wird, ist keine verantwortungsvolle Weltpolitik, sondern eine Politik der Einschüchterung, der ökonomischen Gewalt und der offenen Machtdemonstration. Es ist die Rückkehr eines Denkens, das die Welt in Einflusszonen einteilt und souveräne Staaten wie Spielfiguren behandelt.

~~Das Verhalten und die Aussagen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, bezüglich Grönland, werden aufs Schärfste, hinsichtlich der Souveränität der Staaten und den allgemeinen Menschenrechten, verurteilt.~~

Unter dem Vorwand nationaler Sicherheit erleben wir eine aggressive Neuauflage imperialer Politik. Länder, die sich nicht den Interessen der US Regierung unterordnen, werden bedroht, sanktioniert oder wirtschaftlich erpresst. Militärische Drohungen, Strafzölle und politische Interventionen werden nicht als letztes Mittel eingesetzt, sondern als alltägliches Werkzeug der Außenpolitik.

Besonders deutlich zeigt sich diese Logik am Beispiel Venezuelas. Unabhängig davon, wie man die dortige Regierung bewertet, ist eines klar: Ein Staat hat kein Recht, über Drohungen, militärische Gewalt oder wirtschaftliche Destabilisierung einen Regimewechsel zu erzwingen. Wer Demokratie mit Zwang exportieren will, zerstört sie. Diese Politik trifft nicht Eliten, sondern Millionen von Menschen, die unter Sanktionen, Inflation und Versorgungskrisen leiden.

Auch die Debatte um Grönland zeigt, wie enthemmt diese Machtpolitik inzwischen geführt wird. Wenn ein US Präsident offen davon spricht, ein Territorium zu kontrollieren oder zu übernehmen, dann ist das kein diplomatischer Ausrutscher, sondern Ausdruck eines Weltbildes, in dem Besitz, Militärstärke und wirtschaftliche Interessen über Selbstbestimmung stehen. Territorien sind keine Ware und Völker kein Sicherheitsrisiko. Gleichzeitig wird Kuba erneut zum Feindbild erklärt. Mit Sanktionen, Handelsblockaden und der Androhung von Zöllen gegen Drittstaaten wird versucht, ein Land wirtschaftlich zu ersticken. Diese Politik ist nichts anderes als kollektive Bestrafung. Sie trifft Kinder, Kranke und Arbeiterinnen und Arbeiter, nicht Regierungen. Wer so handelt, spricht nicht von Freiheit, sondern von Kontrolle.

Zölle werden dabei gezielt als politische Waffe eingesetzt. Handel wird instrumentalisiert, um Staaten gefügig zu machen. Multilaterale Abkommen werden untergraben, internationale Regeln ignoriert. Übrig bleibt das Recht des Stärkeren. Diese Logik ist nicht neu. Sie ist alt, brutal und gefährlich.

Diese Außenpolitik folgt nicht dem Prinzip internationaler Solidarität, sondern dem Prinzip Profit und Macht. Sie schützt keine Menschenrechte, sie schützt Kapitalinteressen. Sie verteidigt keine Demokratie, sie verteidigt geopolitische Vorherrschaft. Und sie zeigt, wie schnell neoliberaler Wirtschaftslogik und autoritäre Machtpolitik ineinander greifen. Das Landesschüler*innenparlament stellt sich gegen diese Politik der Drohungen, der Sanktionen und der militärischen Eskalation. Wir stellen uns auf die Seite des Völkerrechts, der Selbstbestimmung der Völker und der internationalen Solidarität. Wir lehnen eine Weltordnung ab, in der Großmächte entscheiden, wer regieren darf, wer hungert und wer gehört wird.

Das ist kein Anti Amerikanismus. Es ist eine klare Absage an eine Politik, die soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie ihren Machtinteressen opfert. Gerade weil die USA globalen Einfluss haben, dürfen sie nicht über Kritik erhaben sein.
Wer schweigt, macht sich mitschuldig. Wir schweigen nicht.

Ä1

Antrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Rasmus Wendt, Michal Mielewczyk (SV RBZ Eckener-Schule Flensburg)

Titel: Ä1 zu 95A44: Enteignet die Milliardäre –
Reichtum ist kein Menschenrecht

Antragstext

In Zeile 2 löschen:

Die ~~LSV BS SH und das LSP~~ positioniert sich wie folgt:

Von Zeile 5 bis 8:

~~Daher fordern wir folgendes:~~

Die Landes- und Bundesregierung werden aufgefordert, auf die Umsetzung folgender Punkte hinzuwirken:

- ~~1. Die Abschaffung der Millionäre in Deutschland.~~
1. Eine Anpassung des Steuersystems, dahingehend, dass bei mehr zu versteuerndem Einkommen mehr nachsteuerliches Einkommen übrig bleibt. Dabei soll die Erhöhung des nachsteuerlichen Einkommens bei Erhöhung des vorsteuerlichen Einkommens exponentiell abnehmen.
- ~~2. Eine~~

2. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer **in Höhe von fünf Prozent jährlich** auf **Millionenbeträge** private Millionenvermögen.
3. Alle Milliardäre erschießen!
3. Die Überarbeitung der Erbschaftssteuer, in Form einer Besteuerung von Beträgen bis 10 Millionen € von 50% und 80% für alles darüber liegende. Die vererbende Person hat dabei einen frei zuweisbaren Gesamtfreibetrag von 750.000 €.
4. Eine erhebliche Senkung der Freibeträge für Schenkungen.
5. Kapitalerträge werden als ihr Gegenwert besteuert und Punkt 1 findet entsprechend Anwendung.

Begründung

Erfolgt mündlich...